

**Norwich Rüße** (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Hovenjürgen, ich finde es außerordentlich billig, sich jetzt auf Herrn Eisele zu beziehen, einen Mitarbeiter, wenn es um Klausner geht. Da gibt es eine Verantwortung eines Ministers, eines Staatssekretärs, die zu benennen wäre.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Einen Popanz rund um einen Mitarbeiter aufzubauen, ist doch lächerlich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN –  
Vereinzelt Beifall von den PIRATEN – Zuruf  
von Josef Hovenjürgen [CDU])

Zum Zweiten, Herr Höne, zur Wahrheit gehört auch Folgendes: Wenn Sie schon den Filtererlass nennen, dann sagen Sie auch dazu, dass er ab 2.000 Mastplätzen gilt und nicht für jeden kleinen Betrieb in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich darauf, wenn CDU und FDP an meiner Seite sind, wenn wir das nächste Mal über die europäische Agrarreform diskutieren. Ich schlage Ihnen vor, gemeinsam dafür zu kämpfen, dass es in der ersten Säule die Degression und bei 20.000 € eine Kappungsgrenze gibt. Lasst uns doch mal zusammen dafür streiten!

(Zuruf von der CDU)

– Ja, 20.000 €, das können Sie sich nicht vorstellen. So sieht doch die Wirklichkeit aus. Ich bin wirklich entsetzt.

Ich will noch einen Satz zum Landesnaturschutzgesetz sagen. Die Gesetze für den Naturschutz machen wir doch, weil es vorher Fehlentwicklungen gegeben hat. Die Streuobstwiesen sollen geschützt werden, weil die Bauern viele Streuobstwiesen längst vernichtet haben. Reden Sie doch nicht über die, die jetzt vielleicht durch das Gesetz gefährdet sind, reden Sie über die, die schon längst weg sind!

(Zurufe von der CDU und der FDP – Karlheinz Busen [FDP]: Scheiß ...! Scheiß ...!)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rüße.

Herr Kollege Busen, ich darf Sie bitten, sich auch bei Zwischenrufen der parlamentarischen Ausdrucksweise zu befleißigen. Da wären wir Ihnen alle sehr dankbar und ich insbesondere.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kämen zur Abstimmung über den Einzelplan 10, wenn wir nicht, Frau Kollegin Beer, in der vereinbarten abstimmungsfreien Zeit wären. Sie achten, wie üblich, genau auf das, was hier abläuft. Also: Wir kennen alle die Vereinbarung. Die Abstimmung

über den Einzelplan 10 wird nach 14 Uhr stattfinden.

Ich rufe auf:

**Einzelplan 11**  
**Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales**  
(Arbeit, berufliche Weiterbildung, Integration, Soziales)

Ich darf Sie auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10511** hinweisen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Kerkhoff das Wort. Bitte, Herr Kollege Kerkhoff.

**Matthias Kerkhoff** (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer erwartet hatte, dass mit einem neuen Minister auch neuer Schwung, neue Ideen oder neue Impulse einziehen würden, hat sich getäuscht. Es ist kein neuer Aufbruch erkennbar. Dabei wäre der dringend erforderlich, wenn man sich die Lage Nordrhein-Westfalens bei der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik anschaut. Es plätschert alles so dahin – nach dem Motto: Die letzten anderthalb Jahre bekommen wir auch noch irgendwie rum.

Das ist zu wenig. Dieses Land braucht mehr Einsatz.

(Beifall von der CDU)

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt kann uns nicht zufriedenstellen. Die Arbeitslosigkeit ist mit über 714.000 zu hoch. Während sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland seit 2005 halbiert hat, ist sie im gleichen Zeitraum in Nordrhein-Westfalen nur um ein Drittel gesunken. Sie liegt rund 40 % über dem westdeutschen Schnitt, und mit dem Freistaat Thüringen ist in diesem Jahr erstmals ein ostdeutsches Bundesland an Nordrhein-Westfalen vorbeigezogen. Aufgrund der Flüchtlingssituation rechnet die Agentur für Arbeit mit einem Anstieg um gut 35.000 Personen im kommenden Jahr.

Dies ist eine Lage, die entschlossenes Handeln erfordert, und zwar gleichermaßen für Langzeitarbeitslose wie für neu hinzugekommene Menschen.

(Beifall von der CDU)

Herr Minister, Sie wissen, dass wir hinter vieles von dem, was Sie in Ihrem Haushalt an Maßnahmen veranschlagen, ein großes Fragezeichen machen, dass wir Ihre Schwerpunkte nicht teilen, andere Vorstellungen haben. Das Programmdickicht und die Wirkung dieser Maßnahmen erscheinen uns wenig zielführend. Aber das will ich heute gar nicht schwerpunktmäßig betrachten.

Die Lage am nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt ist der Spiegel der zu geringen wirtschaftlichen Dynamik dieses Landes und damit falscher Politik.

Nordrhein-Westfalen hinkt beim Wachstum hinterher. Sie wissen das. Die Zahlen präsentieren wir Ihnen immer wieder. Und ständig weisen wir darauf hin, dass es bei einer Dynamik wie im bundesdeutschen Durchschnitt mehr Steuereinnahmen und mehr Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen geben würde.

Anders ausgedrückt, das, was Sie mit einigen Programmen zu reparieren versuchen, würde erst gar nicht entstehen, wenn diese Landesregierung eine bessere Politik machen würde.

(Beifall von der CDU)

Als Arbeits- und Sozialminister müssten Sie vor allem Standortminister sein, der für die Entstehung und für die Erhaltung von Arbeitsplätzen eintritt. Das findet nicht statt, und das ist schlecht für dieses Land. Betriebe können ihren Standort verlegen und an anderen Orten Investitionsentscheidungen treffen. Die Beschäftigten haben diese Möglichkeit nicht.

Gerade deshalb ist es Ihre Aufgabe, laut und vernehmlich Ihre Stimme zu erheben. Doch das, was wir hören, ist Schweigen. Sie schweigen, wenn Ihre Parteifreunde und die Umweltministerin in Berlin davon reden, schneller aus der Kohleverstromung auszusteigen, da Ihr Koalitionspartner hier, die Grünen, das unterstützt.

Ist Ihnen klar, was das für die Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen bedeutet, und zwar weit über die Mitarbeiter in der Stromerzeugung hinaus?

Gleiches gilt für die von der Regierung geplanten Veränderungen im Naturschutzrecht; wir haben bei dem Debattenpunkt vorhin darüber gesprochen. Waldbauern, Sägewerke und die Holzwirtschaft beschreiben, welche negativen Auswirkungen dieses Gesetz für ihre Betriebe haben würde. Es gibt sogar einen Zusammenschluss – die „Initiative Holz und Arbeit NRW“ –, der sich für Arbeitsplätze in diesem Bereich einsetzt.

Ich frage mich: Wo ist der zuständige Minister Schmeltzer, der seinen Kollegen Rimmel an dieser Stelle stoppt und im Interesse der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen etwas dazu sagt?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich sage auch: Kein arbeitsmarktpolitisches Programm kann später das aufholen, was hier mit falscher Politik kaputt gemacht wird. Wir fordern Sie auf, sich überall dort einzusetzen, wo Arbeitsplätze gefährdet sind oder neue nicht entstehen können.

(Beifall von der CDU)

Ich will auf zwei große Herausforderungen für unser Land in der Arbeitsmarktpolitik eingehen. Das eine

ist die Integration von Flüchtlingen in den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt. Auch hier gilt, dass die Integration umso leichter wird, je dynamischer der Arbeitsmarkt ist. Wir erwarten, dass Sie mit den Akteuren am Arbeitsmarkt Perspektiven für diejenigen mit Bleibeperspektive entwickeln und dass Sie Ihren Instrumentenkasten dahin gehend überprüfen, ob er auch für diesen Personenkreis geeignet ist oder ob Anpassungen erfolgen müssen.

Ebenso fordere ich Sie auf, in Berlin auf Frau Nahles einzuwirken, damit in dieser Zeit alles unterbleibt, was den deutschen Arbeitsmarkt weniger flexibel macht. Mehr Regulierung bei Zeitarbeit und Werkverträgen ist genau das falsche Signal. Dieser Vorschlag darf so nicht stehen bleiben, gerade im Interesse von Nordrhein-Westfalen und all derjenigen, die in Arbeit kommen wollen.

Die zweite Herausforderung ist die Digitalisierung, also all das, was wir unter „Arbeit 4.0“ verstehen. Dieser Wandel wird Auswirkungen auf die Berufsbilder, die Ausbildung und auch auf Arbeitsplätze haben. Arbeit verändert sich, sie geht aber nicht aus. Der Prozess ist hoch dynamisch. Wir brauchen keine vorauseilende Regulierung, sondern es geht darum, diesen Wandlungsprozess gemeinsam mit den Sozialpartnern zu begleiten.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, der alte Minister hat bei der Einbringung des Haushalts im Ausschuss gesagt – ich zitiere ihn –: Das ist ein Haushalt, mit dem man Handlungsfähigkeit demonstrieren kann. – Ihnen als neuem Minister sage ich: Sie brauchen nichts zu demonstrieren, uns reicht es völlig aus, wenn Sie handeln. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und Ulrich Alda [FDP])

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Kerkhoff. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Bischoff das Wort.

**Rainer Bischoff (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Rede – Gegenrede, das ist im Prinzip sinnvoll, Herr Kerkhoff. Ich habe jetzt nur relativ wenig Redezeit.

(Hendrik Schmitz [CDU]: Sie reden doch schon so schnell!)

Ich versuche, stichwortartig auf ein paar Dinge einzugehen –, weil unsere Fraktion das so eingeteilt hat, dass wir zu den drei verschiedenen Punkten jeweils einen anderen Redner haben.

Dass die Arbeitslosigkeit zu hoch ist, brauchen Sie einem Gewerkschafter nicht zu sagen. Das ist in meinen Augen immer so, solange es Arbeitslosigkeit gibt; das ist völlig klar. Aber es gibt die Tendenz, dass die Arbeitslosigkeit sinkt. Das ist in Nordrhein-Westfalen genauso wie im Bundesgebiet.

Das haben Sie jedoch nicht erwähnt. Gerade die letzte Statistik war ausgesprochen erfreulich, was diese Tendenz angeht.

Völlig ignoriert haben Sie auch, dass wir ganz verschiedene Regionen haben. Arbeitslosigkeit in dem Sinne gibt es in Nordrhein-Westfalen nicht, sondern es gibt regionale Arbeitslosigkeit. In Duisburg ist sie vergleichsweise hoch. Bei Ihnen in Südwestfalen haben wir eine Situation wie in Baden-Württemberg, ebenso im Münsterland. Da müssen Sie in der Analyse schon ganz anders herangehen, als Sie das getan haben.

Die Rahmenbedingungen sind in Nordrhein-Westfalen völlig anders als im Vergleichsland Thüringen. Es ist völliger Unsinn, einen solchen Vergleich zu ziehen. Man muss sich auch die Rahmenbedingungen anschauen. NRW müsste man eher mit dem Saarland vergleichen, mit Hamburg oder mit Berlin, weil das Großräume sind.

Die Folgen der Energiewende als landespolitische Arbeitsmarktproblematik darzustellen, ist natürlich genauso unsinnig. Das ist eine bundesweite Sache, und das ist in anderen Ländern nicht anders. Das haben Sie als Branche herausgegriffen.

Dass Sie dann immer den Minister im Fokus haben und Ihnen die Kontinuität nicht passt, die offensichtlich da ist, auch bei einem Ministerwechsel, führt mich zu der Erkenntnis: Ihnen ist ganz egal, wer Minister ist – Ihnen passt immer nicht, was wir machen. So weit mein Hinweis.

Unsere Arbeitsmarktpolitik ist gut, sie hat Kontinuität; das habe ich gerade in einem Nebensatz angedeutet. Deswegen ist der vorgelegte Haushalt auch im Wesentlichen eine Überrollung. Diese Überrollung sehen wir Sozialdemokraten als richtig an; einzelne Punkte lasse ich jetzt einmal aus.

Ich will abschließend auf eine Situation hinweisen, die bei Ihnen nur am Rande vorkam: Durch die Zuwanderung, durch die Flüchtlinge, die in diesem Jahr gekommen sind, stehen wir vor wesentlichen Veränderungen in der Arbeitsmarktpolitik. Das wirkt sich noch nicht immens auf den Haushalt aus, aber es ist ganz wichtig, dass wir folgende Schritte bedenken:

Wir brauchen Integration Points. Die werden gerade flächendeckend in Nordrhein-Westfalen eingerichtet; bei mir in Duisburg sogar noch vor Weihnachten. Die müssen finanziert werden.

Wir brauchen das Profiling der Zuwanderer in diesen Integration Points. Wir müssen wissen: Was können sie und was nicht? Wo brauchen sie Hilfe? Welche Module brauchen sie?

Und wir brauchen natürlich Deutsch- und Integrationskurse. Dafür existieren einige Millionen im Haushalt, die aus ESF-Mitteln bereits in diese Richtung gewidmet werden. Das ist richtig und gut so, sodass wir mit dem Programm „Early Intervention

NRW+“ entsprechende Angebote machen können. Das müssen wir sehr dringend, sehr schnell für die Flüchtlinge umsetzen.

Dann setzt der Punkt der Qualifikation, der Weiterbildung und der Vermittlung an. Dabei ist mir folgender Aspekt noch ganz wichtig: Natürlich müssen den neu hinzugekommenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern diese Angebote gemacht werden, aber genauso auch den bereits vorhandenen Arbeitslosen. Hier darf niemand Verlierer sein. Bei allem, was über „Early Intervention“ hinausgeht, muss sehr deutlich werden, dass die Angebote für alle Menschen gelten, die arbeitslos sind. Keiner ist benachteiligt, keiner ist bevorzugt. Dann werden wir weiterkommen.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit in der Arbeitsmarktpolitik und ende jetzt, weil die Zeit voranschreitet. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank Ihnen, Herr Kollege Bischoff. – Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Alda das Wort.

**Ulrich Alda (FDP):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Haushalt des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration werden insgesamt über 4,2 Milliarden € bewegt. Sicher beruht ein Großteil davon auf bundesgesetzlichen Vorgaben und der Durchleitung von Bundesmitteln, zum Beispiel für die Kosten der Unterkunft. Es lohnt sich aber immer, einen Blick auf die Positionen zu werfen, die nicht gesetzlich vorgegeben sind.

Allein im Politikfeld „Arbeit“ sind Fördermittel der EU und des Landes von über 240 Millionen € vorgesehen. Einerseits haben wir eine Vielzahl von Maßnahmen und Projekten, die über den ESF gefördert werden, andererseits steigt der Ansatz für die landeseigenen Programme noch einmal um 113 Millionen €.

Das Land gibt also reichlich Geld für Arbeitsförderung aus. Die Ergebnisse sind aber nicht überzeugend. Es gelingt Ihnen einfach nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit zu verringern. Jeder dritte Langzeitarbeitslose lebt in Nordrhein-Westfalen. Das sind rund 300.000 Personen. Unser Bundesland leidet unter der hohen verfestigten Arbeitslosigkeit wie kaum ein anderes Land. In fast allen anderen Arbeitsmarktstatistiken liegt Nordrhein-Westfalen auf den hinteren Plätzen.

Aber an dieser Stelle wird es auch einmal Zeit, dem Kollegen Bischoff ein dickes Kompliment zu machen. Sie besitzen ein sagenhaftes Talent, selbst die miesesten Zahlen schönzureden. Das muss ich wirklich sagen. Darum beneide ich Sie. Das ist einfach klasse.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Dafür musste ich 60 Jahre alt werden, um das einmal zu sagen.

Sie können dafür nicht immer wieder nur den Strukturwandel und die Wirtschaftskrise verantwortlich machen. Sie müssen sich auch fragen lassen, ob die Maßnahmen und Förderprogramme effektiv sind, ob die eingesetzten Haushaltsmittel auch sinnvoll eingesetzt werden und ob sie tatsächlich mehr Menschen zum Einstieg in den Arbeitsmarkt bringen.

Ich möchte hier nur auf einige leuchtende Beispiele eingehen: Sie haben einen neuen Haushaltsansatz in Höhe von 13 Millionen € unter dem Titel „Kein Abschluss ohne Anschluss“ eingerichtet. Ich möchte dabei gar nicht infrage stellen, dass eine bessere Vorbereitung der Berufsorientierung etc. durchaus sinnvoll sein kann und auch hilft, eine ungeeignete Berufswahl und spätere Berufsabbrüche bei der Ausbildung zu vermeiden.

Haushaltspolitisch haben Sie hier aber ein Eigentor geschossen. Denn bisher wurden vergleichbare Maßnahmen auch über den ESF finanziert. Jetzt haben Sie daraus ein Regelprogramm gemacht, das allein aus Landesmitteln finanziert werden soll. Sie wollen hier ein vermeintlich großes Projekt der rot-grünen Landesregierung ins Schaufenster stellen. Dazu kann ich nur sagen: Der Wahlkampf lässt langsam grüßen.

(Beifall von der FDP)

Im Sinne einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik wäre das Ziel einer besseren Berufsorientierung hingegen auch ohne diese zusätzlichen Landesmittel im ESF umsetzbar, vielleicht nur nicht so gut zu vermarkten. Deshalb können wir den Weg über einen neuen Haushaltstitel nicht mittragen.

Sie stellen alle Instrumente des Arbeitsmarktes unter den Generalverdacht des Missbrauchs. Arbeitgeber werden verbal pauschal in eine kriminelle Ecke gestellt, um den angeblichen Massenmissbrauch bei Zeitarbeit, Werkverträgen und Minijobs als Vehikel zu benutzen, um die Flexibilität unserer Wirtschaft, unserer Stärke, in Gänze abzuschaffen.

Die direkte Befehlsautobahn Nahles-Schmeltzer-Kraft ist hier offengelegt – aber bitte nicht mit unseren Geldern hier aus Nordrhein-Westfalen. Sie ignorieren die Bedeutung dieser Instrumente sowohl für die Wettbewerbsfähigkeit unserer arbeitsteiligen Volkswirtschaft wie auch als Einstiegschance für Arbeit und Teilhabe, gerade für geringqualifizierte Bewerber. Mit bürokratischen Einschränkungen und öffentlichen Kampagnen werden hier an Stelle eines vermeintlichen Missbrauchs letztlich die Flexibilität des Arbeitsmarktes und die Chance auf mehr Beschäftigung bekämpft.

(Beifall von der FDP)

So bekommen Sie die Langzeitarbeitslosigkeit, von der ich gerade sprach, überhaupt nicht in den Griff.

Personell und inhaltlich wird diese Initiative durch die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung unterstützt. Die G.I.B. leistet zwar in anderen Bereichen durchaus sinnvolle Arbeit, den Anteil zur Begleitung der Initiative „Faire Arbeit – fairer Wettbewerb“ halten wir aber für verzichtbar. Im Gegenteil: Sie missbrauchen die gute Arbeit der G.I.B., von der ich mich selbst überzeugt habe, für Ihre Ideologie.

Das geht auch beim nächsten Punkt munter weiter: Technologieberatungsstelle beim DGB-Landesbezirk. Da treten wir für den Abbau des riesigen Landeszuschusses ein. Die Unterstützung von Betriebs- und Personalräten ist aus unserer Sicht primär Aufgabe der Gewerkschaften, und das sollte sie auch bleiben.

(Beifall von der FDP)

Sie erfordert nicht den Einsatz knapper Haushaltsmittel. Ich frage Sie ganz offen: Was mischen Sie sich in die betriebliche Mitbestimmung ein?

(Beifall von der FDP)

Auch hier wird wieder ein Vehikel benutzt, um die bösen Arbeitgeber zu maßregeln.

Viel wichtiger hingegen ist die Schulsozialarbeit. Sie stellen hier einen Haushaltstitel heraus, dessen Verabschiedung erst nach öffentlichem Druck und durch Anträge der Opposition zustande kam. Sie wollen die Verantwortung immer nur auf den Bund schieben. Aber die Befehlsautobahn hat nur eine Fahrtrichtung.

Die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist nur bis Ende 2017 gesichert. Die Unsicherheiten der letzten Jahre und das Problem der kommunalen Gegenfinanzierung, gerade für Kommunen in Haushaltssicherung und im Stärkungspakt, haben bereits zum Abbau von Stellen bei der Schulsozialarbeit geführt. Es ist absehbar, dass wir im Jahr 2017 vor den gleichen oder wahrscheinlich noch größeren Problemen stehen werden wie im letzten Jahr. Wir brauchen endlich eine verlässliche Absicherung der Schulsozialarbeit.

Diese wenigen großen Beispiele – wir könnten noch viele andere anführen – zeigen, dass die rot-grüne Haushaltspolitik falsche Schwerpunkte setzen will. Wir lehnen daher den Haushalt ab. – Danke.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Grochowiak-Schmieding.

**Manuela Grochowiak-Schmieding** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kerkhoff, Sie haben neuen Aufbruch und mehr Einsatz gefordert. Die Chance, dies jetzt in den Haushaltsberatungen anzugehen, haben Sie verpasst. Ich habe bislang keinerlei Vorschläge von Ihnen gehört, wie Sie meinen, es besser machen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Alda, Sie singen wiederholt das Hohelied auf die Integrität der Unternehmerschaft. – Okay, Sie gehören zu dieser Gruppe in der Gesellschaft, die auch wirklich gute Arbeit leistet. Aber Sie blenden komplett aus, Herr Alda, ...

(Ulrich Alda [FDP]: Sagen Sie ruhig, was Sie sagen wollen!)

– Ja, das tue ich auch jetzt. Hören Sie einfach mal zu! Das mache ich auch ganz ehrlich.

Sie blenden völlig die Situation aus, die wir im Moment in unserer Gesellschaft zu beklagen haben: Wir verzeichnen steigende Unternehmensgewinne – super! –, wir blicken auf sinkende Arbeitslosenzahlen – und gleichzeitig wächst bei uns das Heer der Armen, der Leute, die von ihrer Hände Arbeit nicht leben können. Das blenden Sie komplett aus. Wir allerdings tun das nicht. Mit dem Haushalt 2016 werden wir für die Menschen im Land wichtige und bewährte Projekte fortführen.

Für die soziale Inklusion und zur Bekämpfung von Armut und Diskriminierung werden wir rund 32 Millionen € zur Verfügung stellen. Hierzu gehören Programme wie „Jugend in Arbeit Plus“, die öffentliche geförderte Beschäftigung und die Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren. „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist ein wichtiger Baustein für junge Menschen bei der Berufsorientierung. Das gehört auch zur Sicherung einer guten Zukunft dazu.

Im Bereich des Sozialhaushalts möchte ich insbesondere die Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut, Hilfen in Wohnungsnotfällen und den Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ nennen. Mit knapp 4,3 Millionen € sollen Projekte gefördert und finanziert werden, die den Armen in unserer Gesellschaft zugutekommen.

Die Gründe für Armut sind vielfältig. Die Armut Einzelner werden wir nicht zu 100 % beseitigen können. Das ist auch sicher. Ich möchte jedoch einige Ursachen benennen, gegen die sehr wohl etwas getan werden kann. Dazu gehören: mangelnde Bildung, schlechte Arbeitsentgelte, krankmachende Arbeitsbedingungen. Das sind auch Faktoren, die zu Armut führen.

Nach wie vor ist in Deutschland die soziale Herkunft für den Schulerfolg entscheidend, und jeder Euro, den wir in die individuelle Förderung investieren – das wir von Ihnen von der FDP und auch von der CDU immer wieder angezweifelt –, ist gut angelegt.

(Beifall von den GRÜNEN und Inge Howe [SPD])

Die Bundesregierung – das muss man an dieser Stelle sagen – versagt, und das werde ich immer wiederholen. Die zuführende Sozialarbeit an Schulen – diese Aufgaben sind sehr wichtig und müssen erfüllt werden – ist Aufgabe des Bundes im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets; sie ist nicht Aufgabe des Landes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dennoch haben wir uns im Land bereit erklärt und es geschafft, die Mittel für die nächsten drei Jahre in den Haushalt einzustellen, um diese Arbeit weiter fortführen zu können.

Wie sieht es in den Unternehmen aus? Arbeit – ich habe es eben schon angedeutet – wird nicht immer anständig bezahlt.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

So gibt es Menschen, die von dem Gehalt, das sie für ihre Arbeit bekommen, ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können. Das sind dann die sogenannten Aufstocker, die zusätzlich Leistungen nach dem SGB II, also Hartz IV, erhalten. Arbeitsbedingungen führen zu Erkrankungen und psychischer Erschöpfung von Arbeitenden. Steigende Zahlen im Bereich der psychischen Behinderungen sprechen hierbei eine deutliche Sprache. Die Folgen sind steigende Sozillasten, die die öffentliche Hand, respektive die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu tragen haben.

Es ist wenig sinnvoll, immer nur die steigenden Sozillasten zu beklagen. Sinnvoll wäre es, die Ursachen zu beheben. Dafür haben wir im Einzelplan viele Ansätze; unter anderem gehört natürlich auch die Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Inklusion dazu. Wir werden die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärken. Für Kommunikationshilfen im Inklusionsstärkungsgesetz werden 400.000 € zur Verfügung gestellt. So können Teilhabemöglichkeiten von behinderten Eltern an Schulen und Kindertageseinrichtungen ausgebaut werden.

Es ist im Übrigen erstaunlich – man höre und staune –, dass dies nach der Inszenierung, die Sie gestern hier mit Ihrem Antrag zu Gebärdensprachdolmetschern hingelegt haben, von Ihrer Fraktion der CDU abgelehnt wurde.

(Zuruf von der CDU)

Die Förderung der Betreuungsvereine wird um 1 Million € auf insgesamt 2,7 Millionen € aufgestockt. Das ist eine wichtige Maßnahme gerade für die Menschen, die zur Bewältigung ihres Alltags Unterstützung brauchen, und denen dann ein Betreuer oder eine Betreuerin zur Seite gestellt wird. Diese wichtige Unterstützungsarbeit wird auch von Ehrenamtlichen übernommen, die wiederum von den Betreuungsvereinen unterstützt werden.

Wir werden die Finanzierung ausweiten und auf eine kombinierte Basis- und Prämienförderung umstellen. Wir wissen, dass dies von den Betreuungsvereinen gewünscht ist und sehr honoriert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Außerdem sieht die Ergänzungsvorlage zum Haushalt für das Jahr 2016 vor, dass wir insgesamt 5 Millionen € für einen Unterstützungsfonds zur Verfügung stellen, durch den Menschen, die als Kinder und Jugendliche in Einrichtungen der Behindertenhilfe Leid und Unrecht erfahren haben, entschädigt werden. Das ist eine logische Folge unserer gemeinsamen Bemühungen. Ich hoffe, dass Sie von CDU und FDP wenigstens das nicht ablehnen werden. Das ist eine Frage der gemeinsamen Bemühungen hier in diesem Hause.

Ich komme zum Schluss. Krieg und Terror machen Millionen von Menschen zu Flüchtenden. Viele dieser Menschen kommen zu uns, um hier Schutz zu suchen, in der Hoffnung auf ein besseres Leben. Diese Aufgabe haben wir zu bewältigen, und wir werden diese Aufgabe bewältigen.

Alle, die meinen, dass ihnen dabei etwas weggenommen würde, sollten jetzt ganz genau zuhören. Wir in der rot-grünen Koalition handeln zum Wohle aller Menschen in diesem Lande.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dieser Haushaltsplan beweist das, und meine Fraktion wird ihm natürlich zustimmen. – Recht schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Sommer.

**Torsten Sommer (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen hier im Raum! Liebe Zuschauer oben auf der Tribüne und im Livestream – Zuschauerinnen natürlich auch! Wir haben schon ein bisschen über den Einzelplan 11 des Haushalts für das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales gesprochen. Zu den Zahlen haben meine Vorredner schon etwas gesagt; Uli Alda hat schon ein wenig aus dem Einzelplan zitiert.

Ich möchte einmal das Gesamtkonstrukt anhand der Prozente angehen. Bei einem Blick darauf stellen wir fest, dass der absolut überwiegende Teil ein durchlaufender Posten ist. Fast 80 % sind durchlaufende Gelder. Daran ist relativ wenig progressiv zu verändern. Das muss auf Bundesebene geschehen, und das passiert zurzeit leider nicht.

Das hat zur Folge, dass gerade im SGB-II-Bereich die arbeitssuchenden Menschen, die eigentlich gut betreut werden müssten, im Endeffekt nur noch

verwaltet werden. Wir reden da von Betreuungsschlüsseln zwischen 1:100 bis hin zu 1:140. Das wird weder den Menschen gerecht, die arbeitssuchend sind, noch den Menschen, die die Arbeit leisten sollen, diese Menschen in Arbeit zu bringen. Den Mitarbeitern der Jobcenter, die wir da alleine lassen, tun wir hier wirklich nichts Gutes.

Das muss man angesichts des Zorns, den Betroffene und Arbeitssuchende mit Blick auf die Jobcenter immer wieder artikulieren, bitte auch im Hinterkopf behalten. Auch Jobcentermitarbeiter werden von der großen Politik alleine gelassen. Das ist sehr schade. Der Haushalt für das MAIS im Land Nordrhein-Westfalen wird das nicht ändern, kann das aber auch nicht ändern, wenn man sich da ehrlich macht.

Wir können Akzente setzen und tun das auch bei der Aktivierung von ESF-Fördergeldern. Diese machen aber nur einen kleinen Teil aus. Dazu muss man sagen, dass diese Fördergelder bzw. die Projekte, die dort gefördert werden, zum größten Teil auf zwei Jahre oder etwas länger angelegt sind, weil die EU keine anderen Systematiken zulässt, jedenfalls nicht im ESF.

Diese Projekte können dann noch so gut sein: Es wird nichts nützen. Wir waren ja gerade erst beim ESF-Begleitausschuss und haben uns die begleitete Teilzeitausbildung bzw. deren Ergebnisse, die wirklich ermutigend sind, noch einmal erläutern lassen. Auch haben wir uns das Projekt „Chance der Zukunft“ erklären lassen, bei dem der Träger geändert wird, damit man nicht mehr die üblichen Träger ...

(Lachen von der CDU)

– Ich weiß nicht, ob all das, was ich hier erzähle, so lustig ist. Ich finde es ein bisschen unpassend, an der Stelle zu lachen. – Hier hat man die Träger gewechselt. Man arbeitet jetzt mit Trägern aus der Behindertenbildung. Auch der Betreuungsschlüssel wird enorm geändert. Ich habe nachgefragt: Er soll in diesem Projekt jetzt eins zu vier betragen. Das sind gute Entwicklungen. Ich glaube auch, dass sie zu Lösungen führen können.

Das Problem an der Stelle ist halt nur: Es handelt sich um ein Projekt. Das heißt, es wird von den etlichen Tausend Betroffenen nur wenige Hundert berühren. Da, wo es dann wirklich funktioniert, müsste es in eine Maßnahme übergehen, die eigentlich zum Regelsortiment gehört. Das kann aber nicht passieren, weil auf Landesebene das Geld dafür nicht bereitgestellt wird. Die Landesebene kann das – wie mir vonseiten des Finanzsektors regelmäßig gesagt wird – aber auch gar nicht bereitstellen. Das gilt aber auch für die Bundesebene. Da ist die SPD in der Großen Koalition mit in der Regierung. Vom Bund wird das Geld also leider auch nicht zur Verfügung gestellt.

Das ist sehr ärgerlich, und das müssen Sie sich immer wieder ankreiden lassen. Wir müssen hier zu einer Änderung der Regelmaßnahmen kommen – und nicht zu einzelnen Projekten, so toll sie auch immer sein mögen. Sonst werden wir an der verfestigten Arbeitslosigkeit in NRW nichts ändern. Sie ist übrigens, wie Kollege Bischoff eben ausgeführt hat, hier in NRW – das ist völlig richtig – sehr heterogen verteilt.

Es wird dann immer mal Hotspots geben wie im Münsterland, wo, wie der Kollege Bischoff schon sagte, die Arbeitslosenquote zwischen 2 % und 4 % liegt. Es wird aber auch die Hotspots auf der anderen Seite geben – in Duisburg, Gelsenkirchen und Dortmund –, wo wir im Augenblick bei 12 % verfestigter Arbeitslosigkeit bzw. Langzeitarbeitslosigkeit liegen. Das wäre eine Änderung im System, die wir jetzt schon bräuchten.

Jetzt kommt noch hinzu, dass immer mehr Menschen – und das zu Recht – bei uns Schutz vor Krieg und Vertreibung suchen. Diese Menschen, die Geflüchteten, nehmen wir hier in Deutschland auf. Wenn ich mit den Menschen vor Ort rede, die da Hilfe leisten – egal, ob das bei Train of Hope, bei Projekten für Ankomme oder bei der Flüchtlingshilfe generell ist –, erlebe ich eine Aufnahme- bzw. Leistungsbereitschaft, die ihresgleichen sucht. Und da kippt die Stimmung auch nicht, sondern da wird weiter und gerne aufgenommen und gearbeitet. Das ist ein hervorragendes Zeichen.

Unsere Unterstützung kann aber nicht nur dahin gehen, dass die zu uns Geflüchteten hier erste Aufnahme finden und dass dies auch von der Gesellschaft gelebt wird, sondern wir müssen auch zusehen, dass wir Schwellen abbauen. Wir stellen uns da gerade selber gerade Beinchen, egal ob es diese unsinnige Vorrangprüfung ist, die wir immer noch haben, oder ob es sich um diverse Arbeitsverbote handelt, die teilweise bis zu 48 Monate dauern. Das sind vier Jahre!

Sprechen Sie einmal mit dem Jobcenter, mit der Bundesagentur für Arbeit. Da wird Ihnen ein Arbeitsvermittler sagen: Wenn Sie erst mal vier oder fünf Jahre aus Ihrer eigentlichen Profession heraus sind, können Sie gleich anfangen, einen neuen Job zu erlernen. Dann ist die Qualifikation eigentlich nicht mehr vorhanden. – Und wir nehmen diesen Menschen, die zu uns flüchten, hier die Chance, eine solche Qualifikation zu leben. Das können wir ändern. Auf Bundesebene müssen wir das ganz dringend ändern.

Es ist sehr ärgerlich, dass weiter daran festgehalten wird. Wir haben darauf – auch im Vorhinein – mehrfach hingewiesen. Es ist im Endeffekt nicht nur für die Menschen, die zu uns flüchten, eine schlimme Sache, sondern auch für unsere Gesellschaft. Wir berauben uns da einer Chance, die wir dringend nutzen sollten.

Es ist ja nicht so, dass wir in einer wachsenden Gesellschaft leben würden. Bis vor zwei Jahren wandelte hier noch das Gespenst des demografischen Wandels durch den Raum. Da wurde immer gesagt: Wir werden zwar immer älter, aber wir werden immer weniger, und immer weniger Menschen stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Oh, meine Redezeit! Die Kollegin Brand möchte auch noch reden.

(Zuruf von der CDU: Hat keiner gemerkt!)

Man könnte zu diesem Thema noch ganz viel ausführen. Ich möchte dafür plädieren, dass wir hier die Schranken gerade für geflüchtete Menschen abbauen, dass wir die Menschen nicht gegeneinander ausspielen, sondern wirklich kreativ dafür sorgen, Menschen aufnehmen zu können. Das tut den Menschen, die zu uns flüchten, gut. Und es ist eine Chance für uns als Gesellschaft und als Volkswirtschaft. Diese Chance müssen wir wahrnehmen. Helfen Sie dabei, diese Hürden abzubauen. Schaffen Sie mehr Regelsysteme, um für die Menschen und die Gesellschaft etwas Vernünftiges bzw. etwas Sinnvolles zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sommer. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Schmeltzer das Wort.

**Rainer Schmeltzer,** Minister für Arbeit, Integration und Soziales: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Lieber Kollege Kerkhoff, ich habe Ihrer Rede entnommen, dass Sie schon in der wirtschaftspolitischen Haushaltsdebatte, dass Sie aber auch noch in der umweltpolitischen Haushaltsdebatte waren.

Ich habe aber auch zur Kenntnis genommen, dass Sie zufrieden sind und es Ihnen reicht, wenn ich handele. Wenn Sie in den letzten Wochen zugehört hätten, hätten Sie festgestellt, dass ich handele. Sie müssen nur zuhören und zur Kenntnis nehmen, dann ist die Sache in Ordnung. Wir haben dann alles, was wir brauchen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Nordrhein-Westfalen steht vor großen Herausforderungen. Viele Menschen kommen als Flüchtlinge, und sie werden auch bleiben. Chancengleichheit und sozialer Zusammenhalt sind für alle Menschen in unserem Land wichtig. Sie zu realisieren, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Deshalb setzen wir im Einzelplan 11 deutliche Akzente in der Integrationspolitik, führen zugleich in der Arbeits- und Sozialpolitik bewährte Ansätze fort und stellen uns hier den neuen Herausforderungen.

Für die Integrationspolitik stehen 2016 Haushaltsmittel in Höhe von rund 44 Millionen € zur Verfügung. Neben der Fortführung der bewährten Förde-

rung – das waren 24 Millionen € – werden wir in 2016 insgesamt 13,4 Millionen € für das neue Aktionsprogramm „KommAn-NRW“ bereitstellen, um die Kommunen dabei zu unterstützen, Flüchtlinge angemessen aufzunehmen, das Ehrenamt zu stärken und den Menschen, die zu uns kommen, eine erste soziale Orientierung und praktische Unterstützung zu geben.

Wir dürfen das Ehrenamt aber nicht überstrapazieren. Deshalb planen wir eine personelle Verstärkung in den kommunalen Integrationszentren, die ebenfalls eine wichtige Aufgabe bei der Integration von Flüchtlingen übernehmen. Die Koordinierung der anstehenden Angebote und Aufgaben sowie das dringend erforderliche Netzwerk müssen über die kommunalen Integrationszentren in allen Städten gewährleistet werden. Des Weiteren stärken wir auch die Integrationsagenturen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege tragen mit ihren Migrationsfachdiensten erheblich zur guten Aufnahme und sozialen Eingliederung der Flüchtlinge bei.

Die Mittel für das Aktionsprogramm „KommAn-NRW“ werden wir mit dem Projekt „Einwanderung gestalten – Integration fördern“ auf 4,4 Millionen € ergänzen. Es geht dabei um eine systematische Kooperation verschiedener kommunaler Einrichtungen und Behörden für eine gelingende Integration. Mit dem Antrag der Regierungsfractionen werden wir strukturelle Voraussetzungen für ein modernes Einwanderungsmanagement schaffen.

Damit Integration gelingt, müssen die Flüchtlinge besonders schnell Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Darum haben wir schon in diesem Jahr mit Maßnahmen begonnen, die wir 2016 weiter ausbauen werden.

Als bisher einziges Bundesland, Herr Kerkhoff – so viel zu dem Thema „Wir handeln angeblich nicht“ –, bieten wir flächendeckend Hilfe an. In Kooperation mit der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit bieten wir Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive und Jobchance schon in den Ersteinrichtungen Beratung, Begleitung und Basissprachkurse an. Über 4 Millionen € aus ESF-Mitteln stellen wir für die Sprachkurse im Rahmen des Programms „Early Intervention NRW+“ zur Verfügung.

Zusätzlich erwähnen möchte ich noch die vom Kollegen Bischoff bereits angesprochenen „Integration Points“, in denen die dafür relevanten Behörden vor Ort zusammenarbeiten, um Flüchtlinge in Ausbildung und Arbeit zu bringen. Demnächst gibt es das in ganz Nordrhein-Westfalen – als einzigem Bundesland in Deutschland, Herr Kollege Kerkhoff. So viel zu der Frage, wo wir handeln.

Unser Ansatz ist es nicht, neue Programme für Flüchtlinge aufzulegen und dafür bei bestehenden Programmen zu kürzen oder diese gar aufzugeben. Vielmehr geht es darum, wie Flüchtlinge von beste-

henden Angeboten profitieren können. So stellen wir im Jahr 2016 insgesamt 127,5 Millionen € – davon 104,4 Millionen € ESF-Mittel und 23 Millionen € Kofinanzierungsmittel – zur Verfügung.

Bewährte Ansätze führen wir weiter. Wir unterstützen die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“. Herr Kollege Alda, wenn Sie Herrn Sommer – dem ich für die Erläuterungen, die er Ihnen gegeben hat, sehr dankbar bin – zugehört hätten, dann wüssten Sie auch, warum diese Systematik so ist, wie sie ist, nämlich dass die ESF-Finanzierung einem Modellprojekt gedient hat und keine Regelfinanzierung zulässt. Da wir uns aber unserer Verantwortung bewusst sind und da wir wissen, wie wichtig und richtig die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ ist, investieren wir diese Landesmittel. Deswegen ist es der richtige Ansatz. Die Erklärung von Herrn Sommer können Sie noch einmal nachlesen. Das kann ja nicht schaden.

Wir fördern weiter Ausbildungsvorhaben wie zum Beispiel die Verbundausbildung, die kooperative Ausbildung an Kohlestandorten und die Teilzeitberufsausbildung. Der Ausbildungskonsens in diesem Jahr – auch wenn nicht alles so erreicht wurde, wie vereinbart – zeigt ganz deutlich, dass die Zahl der Ausbildungsverträge seit Jahren erstmalig nicht zurückgegangen ist.

Besonders wichtig sind mir Projekte zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit wie zum Beispiel die öffentlich geförderte Beschäftigung, Erwerbslosenberatungsstellen und auch Arbeitslosenzentren. Denn Arbeit ist nicht allein Broterwerb, sondern gibt Menschen auch ihre Würde.

Gerade aktuell entstehen neue Arbeitsplätze im Bereich der Arbeit mit Flüchtlingen. Hier bieten sich Chancen auch für unsere Langzeitarbeitslosen, und es ist ein Feld für öffentlich geförderte Beschäftigung. Neben den Projekten in der Landesförderung müssen dafür natürlich auch Bundesprogramme geöffnet werden. Und wir brauchen weiterhin den Passiv-Aktiv-Transfer, auch wenn Bundesminister Schäuble, Herr Kerkhoff, ihn nicht will.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unser Ziel ist eine sozial gerechte und inklusive Gesellschaft. Dass diese ein Ziel ist, an dem wir kontinuierlich arbeiten müssen, hat sich im letzten Jahr an der Diskussion um den Heimkinderfonds II erfolgreich gezeigt. Landesregierung und Landtag haben die Errichtung der Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ für Menschen, die als Kinder und Jugendliche in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe bzw. in stationären psychiatrischen Einrichtungen Unrecht und Leid erfahren haben, gemeinsam vorangetrieben. Vorsorglich haben wir im Haushalt 2016 hierfür insgesamt 5 Millionen € zur Verfügung gestellt.

An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal ausdrücklich auch für Ihr fraktionsübergreifendes Enga-

gement als Parlamentarier in dieser Sache bedanken.

Im Rahmen der Landesinitiative „NRW hält zusammen ... für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung“ wollen wir allen Kommunen ermöglichen, sich an dem gemeinsamen Aufruf der Strukturfonds zur sozialräumlichen Armutsbekämpfung „Starke Quartiere – starke Menschen“ zu beteiligen.

Darüber hinaus haben wir – wie auch im Jahr 2015 – einen 4-Millionen-€- Ansatz, womit Vereine und Verbände konkrete kleine Maßnahmen vor Ort finanzieren können.

Der Härtefallfonds „Alle Kinder essen mit“ ist mit 1 Million € ausgestattet. Hiervon partizipieren jetzt auch Hortkinder.

Das bisherige Aktionsprogramm gegen Wohnungslosigkeit wurde noch präventiver ausgerichtet. Das Aktionsprogramm „Hilfe in Wohnungsnotfällen“, ausgestattet mit 1 Million €, wird ab dem 1. Januar 2016 in Kraft treten.

Die soziale Inklusion von Menschen mit Behinderungen bleibt auch 2016 von zentraler sozialpolitischer Bedeutung. Bewährte Förderungen und Ansätze in der Inklusion werden wir fortführen. Die Planungen für den Ausbau der Kompetenzzentren für Menschen mit Behinderungen sind so weit vorgebracht, dass sie im Jahr 2016 den Betrieb aufnehmen können. Das ist nicht nur am heutigen Internationalen Tag der Menschen mit Behinderung eine sehr gute Nachricht, wie ich finde.

2015 haben wir die Förderung der Querschnittsaufgaben der Betreuungsvereine auf eine verbesserte Grundlage gestellt. 2016 stellen wir hierfür noch einmal zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million € zur Verfügung.

Auch 2016 erhalten die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW für ihre Funktionen 6,1 Millionen €. Darüber hinaus erhalten sie natürlich noch die Erlöse aus der Zusatzlotterie Spiel 77.

Zur Sicherung der Mobilität behinderter Menschen stellt das Land im Rahmen der Erstattung der Beförderungskosten im öffentlichen Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen rund 92 Millionen € zur Verfügung.

Ein wichtiges Anliegen ist mir aber auch die soziale Arbeit in den Schulen, die mit 47,7 Millionen € jährlich gefördert wird, um die Kommunen weiterhin dabei zu unterstützen, die Inanspruchnahme des Bildungs- und Teilhabepakets zu fördern.

Auch hier bleiben wir bei unserer Auffassung, Herr Alda, dass es sich dabei natürlich um eine originäre Bundesleistung handelt. Aber wir haben die Schulsozialarbeit gesichert. Sie können sich da auf den Kopf stellen. Ich hätte in den vergangenen Jahren gesagt: „Wenden Sie sich an einen Ihrer Leute in

Berlin“; aber in Ermangelung von FDP-Bundestagsabgeordneten in Berlin können Sie das nicht. Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir sind unserer Verantwortung gerecht geworden; der Bund hat das nicht getan. Sie dürfen dann nicht kritisieren, wenn wir in diesem Haushalt die Schulsozialarbeit finanzieren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich zusammenfassen: Wir setzen starke neue Schwerpunkte bei der Integration, ohne die anderen Aufgaben zu vernachlässigen. Nordrhein-Westfalen hat nicht nur viel Erfahrung im Umgang mit Zuwanderung. Es hat auch einen gewaltigen Strukturwandel gestaltet und dabei ein besonderes Augenmerk auf soziale Gerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen gelegt.

Auf diese Erfahrung können wir aufbauen und voller Zuversicht in die Zukunft blicken. Der Haushalt 2016, wie er hier zur Beratung ansteht, bietet dafür eine gute Grundlage. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Milz.

**Andrea Milz (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Monaten leisten ehrenamtlich engagierte Menschen ebenso wie hauptamtliche Beschäftigte aus Kirchen, Hilfsorganisationen, privaten Unternehmen und den Verwaltungen auf allen staatlichen Ebenen wirklich Außerordentliches, um der großen Zahl von Flüchtlingen, die nach Nordrhein-Westfalen kommen, die Ankunft in Deutschland zu gestalten. Darauf können wir stolz sein, und es gilt, diese Willkommenskultur auch für die kommenden Jahre zu bewahren.

Damit das gelingt, bedarf es einer vorausschauenden Integrationspolitik auch des Landes Nordrhein-Westfalen. Um Flüchtlinge in Kindergärten, Schulen oder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, braucht es die Unterstützung des Landes, die mir an dieser Stelle noch viel zu wenig sichtbar wird. Ja, Sie haben in der Ergänzung zum Haushalt notwendige Veränderungen im Integrationshaushalt vorgenommen. Aber wo bleibt das Gesamtkonzept?

Wir als CDU haben im September einen umfangreichen Antrag vorgelegt, der in einer Expertenanhörung bereits im November diskutiert wurde. Darin haben wir ausführlich zum Beispiel über Spracherwerb, frühkindliche und schulische Bildung, Integration in Studium und Beruf, aber auch durch politische Bildung und Wertevermittlung oder durch das Ehrenamt diskutiert.

Ein konkretes Beispiel nenne ich Ihnen jetzt, warum wir den Haushalt ablehnen. Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage im Parlament zur Schaffung

von Kindergartenplätzen für Flüchtlinge geantwortet, dass bei 800.000 Asylbewerbern – und das ist eine konservative Schätzung, wie wir heute wissen – in diesem Jahr rund 70.000 Kindergartenplätze und 9.000 Erzieherinnen benötigt würden. Ich denke, diese Zahl ist auch der Landesregierung bekannt. Wie kommt es dann, dass sich in der Ergänzungsvorlage zum Haushalt unter dem Stichwort „Verbesserung der Kinderbetreuung“ lediglich die Bundesmittel von 74 Millionen € finden lassen, und zwar ohne konkrete Zweckbindung nach dem Motto „Schauen wir mal, was wir im Laufe des Jahres damit machen“?

Es helfen auch nicht die Mittel in Höhe von 21,5 Millionen € im Haushalt des Fachministeriums, die nun naturgemäß mit mehr betreuten Kindern und damit mehr Kindpauschalen bzw. mit Mehrbedarfen bei der Elternbeitragsfreiheit begründet werden. Sie machen hier den zweiten Schritt vor dem ersten. Denn bevor eine Kindpauschale oder Elternbeitragsfreiheit überhaupt abgerufen werden können, brauchen die Kinder einen freien Kitaplatz.

Die CDU-Fraktion hatte in ihrem Änderungsantrag einen eigenen klar definierten Titel von 50 Millionen € gefordert, mit dem Investitionen und nicht Betriebskosten in U3- oder Ü3-Plätzen hätten finanziert werden sollen. Diesen haben die Regierungsfaktionen abgelehnt.

Wenn man wie ich aus einem Kreis kommt, in dem die Situation schon heute so ist, dass zig Plätze für unter Dreijährige und zum Teil auch für über Dreijährige fehlen,

(Inge Howe [SPD]: Das ist doch ein anderer Haushaltsplan! Das gehört gar nicht in diesen Haushalt!)

also noch bevor die Flüchtlinge überhaupt nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind, dann können Sie sich vorstellen, wie ich es finde, wenn nicht einmal jetzt damit angefangen wird, auch Geld in Investitionen zu stecken.

(Inge Howe [SPD]: Frau Milz, Sie sind im falschen Haushalt! – Nadja Lüders [SPD]: Das ist der falsche Einzelplan!)

Da helfen Kindpauschalen und Betriebskosten erst einmal nicht weiter.

(Beifall von der CDU)

Wir brauchen neue Bauten, wir brauchen neue Gruppen, wir brauchen neue Räume. Wenn Sie schon sagen, dass es jetzt im Sinne der Flüchtlinge losgeht, dann vergessen Sie bitte diesen Bereich nicht!

(Manuela Grochowiak-Schmieding [GRÜNE]: Das ist der falsche Haushalt!)

Dass das heute überhaupt noch funktioniert, ist nur unseren Einrichtungen und dem engagierten Personal zu verdanken. Wir können unter solchen Be-

dingungen dem Haushalt wirklich nicht zustimmen. Vorausschauende Integrationspolitik sieht für uns anders aus. Bitte fangen Sie damit an!

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Frau Kollegin Milz, die Frau Kollegin Howe würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Andrea Milz (CDU):** Ja.

**Inge Howe (SPD):** Werte Kollegin Milz, Sie haben eben darauf hingewiesen, dass Sie dem Haushalt nicht zustimmen können, und haben das beispielhaft am Kinderbildungsgesetz festgemacht. Ist Ihnen bekannt, dass wir hier über den Einzelplan 11 und, wenn überhaupt, über Integration reden und dass wir die Finanzierung und den Ausbau von Kindertageseinrichtungen in diesem Einzelplan nicht behandeln?

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Andrea Milz (CDU):** Das ist mir sehr wohl bekannt. Deswegen habe ich auch gesagt, dass ich im Ergänzungshaushalt nachgeschaut habe, welcher Zweckbindung die Mittel für die frühkindliche Bildung dort unterliegen; denn auch darüber reden wir. Dort steht eben nichts über Investitionen.

Außerdem haben Sie unseren Antrag heute Morgen im Fachausschuss letztmalig abgelehnt. Das ist Fakt. Insofern bin ich nachher auf die anderen Einzelberatungen gespannt.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Milz. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Neumann das Wort.

**Josef Neumann (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen, die von den Maßnahmen im Einzelplan 11, insbesondere „Soziales“, betroffen sind, können sich über viele gute Schritte zur Verbesserung ihrer Situation freuen. Besonders für Menschen mit Behinderung gibt es positive Nachrichten. Ich möchte ein paar Punkte hervorheben.

Das künftige Inklusionsstärkungsgesetz sieht eine Übernahme der Kosten für Gebärdendolmetscher unter anderem bei Elterngesprächen in Kindertageseinrichtungen, im Rahmen der Kindertagespflege und in Schulen vor. Das ist ein großer Schritt hin zu mehr Teilhabe.

Insgesamt werden auf Antrag der Koalitionsfraktionen bald 400.000 € jährlich für Kommunikation und

Gebärdendolmetscher zur Verfügung stehen. Im Ausschuss haben wir lange darüber diskutiert, wir waren uns über die Wichtigkeit dieses Schrittes einig. Darum wünsche ich mir, dass auch die Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP, die hier gestern ausführlich zu diesem Thema gesprochen haben, diesen Ansatz auch anerkennen und dem zustimmen.

Für die Inklusion in Sport erhält der Verein „Special Olympics NRW“ 100.000 €. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Inklusion insbesondere für Menschen mit Mehrfachbehinderung.

Nachdem wir im vergangenen Jahr bereits 200.000 € bereitgestellt haben, wird die Förderung der Betreuungsvereine noch einmal um eine Million € auf insgesamt 2,7 Millionen € aufgestockt. Damit kann die Finanzierung ausgeweitet und auf eine kombinierte Basis- und Prämienförderungsstruktur umgestellt werden. Wir stellen hiermit sicher, dass wichtige gesetzliche Aufgaben auch in Zukunft verlässlich und zum Wohle der Allgemeinheit durchgeführt werden können.

Es ist eine schmerzvolle Tatsache, dass in den Jahren 1949 bis 1975 viele Kinder und Jugendliche auch in Westdeutschland in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe Leid erfahren mussten. Sie können darauf vertrauen, dass sich die Landesregierung für sie einsetzt. Ich begrüße die Ergänzungsvorlage zum Haushaltsgesetz für das Jahr 2016, in der vorgesehen ist, dass in den kommenden Jahren insgesamt 5 Millionen € aus Landesmitteln für einen Unterstützungsfonds zur Verfügung gestellt werden. Damit kann Unrecht nicht zurückgenommen, aber vielleicht ein bisschen gelindert werden.

Zum Abschluss möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir mit diesem Haushalt erneut 47 Millionen € für die immens wichtige Schulsozialarbeit einplanen. Sie alle wissen, wie existenziell notwendig dieses Angebot für die Entwicklung und die Teilhabechancen unserer Kinder ist.

Wie Sie angesichts dieser Beispiele klar erkennen können, nehmen wir in Nordrhein-Westfalen soziale Verantwortung sehr ernst. Unsere Aufmerksamkeit gilt allen Teilen der Gesellschaft. Wir möchten auch diejenigen hören, die nicht laut schreien können. Wir möchten, dass unsere Gesellschaft eine einbeziehende und keine ausgrenzende ist. Dafür stellen wir diese Infrastruktur zur Verfügung. Wir hoffen hier auch auf Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Neumann. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Stamp das Wort.

**Dr. Joachim Stamp (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Thema „Integration und Flüchtlinge“, über das wir hier sprechen, ist eines der ganz großen Themen, mit dem wir jetzt konfrontiert sind. Das war 2015 der Fall, und es wird 2016 natürlich so bleiben.

Das betrifft vor allem die große Herausforderung der Unterbringung, des Vermeidens von Obdachlosigkeit, aber auch die Frage, wie wir die großen Flüchtlingsströme insgesamt bei uns untergebracht bekommen, ohne die Kommunen zu stark zu belasten. Leider ist das bisher nicht so gelungen, wie wir uns das vorgestellt haben.

In 2016 kommt zu dieser Aufgabe auch noch die der Integration hinzu. Aus unserer Sicht gibt es fünf Bereiche, die wir in dieser Hinsicht entsprechend angehen müssen.

Das sind erstens die Sprachkurse in den Landeseinrichtungen, beginnend vom ersten Tag an.

Zum Zweiten geht es um das Thema „Screening“. Welche Fähigkeiten und Qualifikationen bringen die unterschiedlichen Flüchtlinge mit? Wo muss nachgesteuert werden? Wo besteht Handlungsbedarf?

Drittens brauchen wir ein Bündnis für Integration in Arbeit. Man muss an dieser Stelle sagen, dass die Unternehmen vorhin ein bisschen despektierlich behandelt wurden. Ich finde es fantastisch, welche Initiativen es vonseiten der Wirtschaft und des Handwerks für die Arbeit mit Flüchtlingen gibt. Das muss aufgegriffen werden. Wir müssen zusehen, dass wir daraus mit den Unternehmen, aber auch mit den Gewerkschaften und den Bildungseinrichtungen ein Bündnis für Integration in Arbeit schmieden.

(Beifall von der FDP)

Dafür, meine Damen und Herren, finden wir hier keinen entsprechenden Haushaltsansatz.

Der vierte Punkt, den ich nennen möchte, ist die hauptamtliche Koordination der ehrenamtlichen Arbeit. Seien wir doch ehrlich: Das, was an Willkommenskultur vorhanden ist, wird von Ehrenamtlern oder Hauptamtlichen in ihrer Freizeit geleistet. Die Bundesregierung sagt: „Wir schaffen das“, aber in Wirklichkeit leisten das die Leute vor Ort in den Kommunen, und die erwarten, dass dies entsprechend flankierend unterstützt wird. Deswegen erwarten wir hier auch konzeptionell, dass es eine hauptamtliche Koordination eines ehrenamtlichen Engagements gibt.

Meine Damen und Herren, der fünfte Punkt, den ich nennen möchte, ist das Thema „Wertevermittlung“. In einem Punkt sind wir uns hier im Hause alle einig: Auch für Menschen, die möglicherweise aus eher patriarchal geprägten Kulturen kommen, ist es wichtig, dass wir ihnen die Werte des Grundgesetzes vermitteln und dass wir uns Zeit dafür nehmen. Hierbei müssen wir auch erfolgreich sein. Ein sol-

ches Konzept können wir bei der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen jedoch bis heute nicht erkennen. Jegliches Konzept fehlt.

Aber für alle fünf Punkte, die ich genannt habe, fehlen im Haushalt insgesamt die Mittel. Sie fehlen an dieser Stelle, aber auch an anderer Stelle im Gesamthaushalt fehlt eine umfassende und ausreichende Finanzierung,

(Zuruf von Dagmar Hanses [GRÜNE])

um nicht nur die Unterbringung, sondern auch die Integration der Flüchtlinge bei uns in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen.

Deswegen prophezeie ich Ihnen bereits hier und heute – und wir werden es dann auch im Protokoll nachlesen können, damit Sie dem Kollegen Witzel nachher nicht wieder vorwerfen, man hätte vorher nicht gewarnt –, dass wir wegen der unzureichenden Mittel, die Sie vorgesehen haben, auch hier wieder den einen oder anderen Nachtragshaushalt bekommen werden. Das ist unsolid, und deswegen lehnen wir das hier und heute ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Velte.

**Jutta Velte** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Stamp, ich finde es ja schön, dass Sie sich so viele Sorgen um die Integrationspolitik und die haushalterischen Belastungen machen, die aus Ihrer Sicht dadurch entstehen. Aber: Wo sind denn Ihre Anträge?

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir hätten sicher geholfen, den einen oder anderen Antrag umzusetzen, von dem ich weiß, dass Sie ihn gern gestellt hätten, wenn Sie die Haushaltsdisziplin Ihrer Fraktion nicht so geteilt hätten.

Ich möchte mich in Bezug auf den Haushalt noch einmal kurz an Frau Milz wenden. Sie haben über den Einzelplan 07 gesprochen. – Wo ist sie denn jetzt? Hört sie nicht zu? – Der Einzelplan 07, in dem es um den Kinder- und Jugendhaushalt geht, Frau Milz, hat hiermit nichts zu tun. Die Tatsache, dass Sie darüber sprechen, zeigt eigentlich, dass wir insgesamt in diesem Haushalt sehr gute Akzente gesetzt haben; denn Rot-Grün versteht Integration als Querschnittsaufgabe, und wir haben in nahezu allen Haushalten der Ministerien Mittel für die Integration der Geflüchteten eingestellt, nicht nur in den Integrationshaushalt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, Herr Dr. Stamp, ich würde vieles von dem teilen, was Sie sagen. Sprache ist wichtig, ebenso die Integration in den Arbeitsmarkt. Zur Beruhigung von Herrn Alda würde ich auch gerne noch sagen: Ja, es stimmt, die Unternehmerinnen und Unternehmer, insbesondere die mittelständischen und kleinen Unternehmen, leisten in diesem Land unheimlich viel, wenn es darum geht, Arbeit zu schaffen, auszubilden und Flüchtlinge zu integrieren.

Ich komme aus der Region, in der die erste Konferenz von Handwerkskammer und IHK stattgefunden hat, um so etwas zu machen. Sie arbeiten auch daran. Die Mittel dafür sind vorhanden. Sie arbeiten nämlich an den Integration Points, die Sie jetzt nicht erwähnt haben, die aber ganz wichtig sind, was den Zugang zum Arbeitsmarkt angeht.

Sprache ist ebenfalls sehr wichtig. Deswegen stellen wir in allen Bereichen ganz viele Sprachfördermodule zur Verfügung – nicht nur im Integrationshaushalt. Bildung und Wohnen sind ebenfalls wichtig. Auch dafür sind Mittel eingestellt.

Über den großen Aspekt der Wertevermittlung haben Sie aber vergessen, dass es auch darum geht, den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land zu fördern und zu erhalten. Wir sind natürlich allen ehrenamtlich tätigen Menschen dankbar, die sich darum kümmern, wo auch immer sie dafür kämpfen. Sie sind Botschafter für die Integration, aber auch Botschafter für das, was vielleicht nicht funktioniert.

Frau Milz, wir unterstützen natürlich Strukturen, die wir haben. Wir sind doch froh, dass wir jetzt die Kommunalen Integrationszentren haben. Im Integrationshaushalt verdoppeln wir nahezu den Ansatz für diese Zentren, um die integrierende Arbeit, die sie leisten, nach vorne zu bringen.

Jetzt bleiben mir noch fünf Sekunden. Sie reichen gerade dafür aus, zu sagen – drei, zwei, eins –: Wir stimmen dem Haushalt selbstverständlich zu und freuen uns, gemeinsam diese Querschnittsaufgabe bewältigen zu können. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Velte. – Für die Piraten spricht jetzt Frau Kollegin Brand.

**Simone Brand** (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Als wir 2014 über den Haushalt 2015 redeten, konnte man schon ahnen, was auf Deutschland zukommt. Dazu brauchte man keine Glaskugel und keine Jahrmarktprobe; denn die Weltpolitik setzte schon seit dem Arabischen Frühling entsprechende Zeichen. Es war klar, dass wir mit Flüchtlingen in großer Zahl rechnen müssen.

Vorausschauend haben wir damals die Verdoppelung des Integrationshaushaltes beantragt. Da wurde uns vorgeworfen, das sei ein Showantrag. In der Politik verzweifle ich fast daran, dass man nie proaktiv Sachen vorbereiten kann, sondern immer – egal ob beim Verbraucherschutz, bei den Lebensmittelkandalen oder jetzt bei der Integrationspolitik – hinterherhechelt, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. 2014 wurde also nichts erhöht. Nein, wie die Kapelle auf der Titanic spielte man munter weiter, wohl wissend, dass irgendwann das Schiff untergeht.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Gerade Sie müssen vom sinkenden Schiff reden!)

– Dieser Vergleich hinkt aber langsam.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Da kennen die Piraten sich aus!)

– Ja, da kennen die Piraten sich auch aus.

(Mehrddad Mostofizadeh [GRÜNE]: Sie sind schon abgesehen; richtig!)

Der Haushalt 2016 wurde im August 2015 eingebracht. Wer im August 2015 nicht erkannt hat, wohin die Reise geht, dem kann ich auch nicht mehr helfen; denn spätestens seit dem Frühsommer dieses Jahres war jedem bewusst und auch bildlich vor Augen, was dort auf uns zukommt. Trotzdem wurde in dem ersten eingebrachten Haushalt noch um ein paar Hunderttausend € reduziert. Erst jetzt in dem Nachtragshaushalt sind 20 Millionen € eingestellt. Das ist nicht fast eine Verdoppelung, sondern gerade einmal eine Erhöhung um zwei Drittel.

Das wäre im Winter 2014 die passende Erhöhung für den Haushalt 2015 gewesen; denn jetzt haben wir folgenden Stand: Bis zum 15. Oktober sind dieses Jahres 201.684 Menschen nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Das ist im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung von 299 %. Da sind diese 20 Millionen € wieder zu wenig; denn dann muss man auch konsequent sein und drei Mal so viel zur Verfügung stellen. Das heißt, dass wir diesen Haushalt verdreifachen müssen.

Wenn Sie jetzt sagen: „Wo sind denn Ihre Anträge?“, entgegne ich Ihnen: Das, was Sie können, können wir auch. Wir machen das dann bloß ohne Sperrklausel. Aber Sie können sich sicher sein, dass dazu noch Änderungsanträge von uns kommen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Brand. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Yetim.

**Ibrahim Yetim (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was gerade schon einmal erwähnt wurde, ist richtig: Die Integrationspolitik ist

in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Thema und wird in den nächsten Jahren auch eines der wichtigsten Themen sein. Herr Dr. Stamp, das wird nicht nur nächstes Jahr so sein, glaube ich, sondern wir werden uns damit noch ziemlich lange beschäftigen.

Die Herausforderungen sind ziemlich klar. Es gibt eine sehr hohe Anzahl an Flüchtlingen. Darüber haben wir diskutiert. Ich will an dieser Stelle aber nicht unerwähnt lassen, dass wir auch das Thema „EU-Binnenmigration“ nicht aus den Augen verlieren dürfen; denn das beschäftigt unsere Kommunen auch massiv.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin aber davon überzeugt, dass diese Landesregierung diese Herausforderungen sehr deutlich erkannt hat, sie auch angenommen hat und nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten Jahren sehr gut agieren wird, und zwar getragen von den beiden Regierungsfractionen SPD und Grüne. Da sind wir auf einem sehr guten Weg, glaube ich.

Ein bisschen irritiert hat mich der Wortbeitrag von Frau Milz. Sie sprach die Themen „Bildung“, „Kitabesuch“, „Schulen“ und „Lehrer“ an. Alles das ist in anderen Haushaltsplänen enthalten. Ich will das nur an einem Beispiel deutlich machen, Frau Milz. In diesem Jahr haben wir 6 Millionen € für den Kitabesuch bereitgestellt. Im nächsten Jahr werden noch einmal über 10 Millionen € für den Kitabesuch zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle muss man einfach schauen: Was ist in den anderen Haushaltsplänen enthalten, und was vermischen Sie da miteinander? Hier sind wir beim Einzelplan 11, Integrationspolitik. Frau Howe hatte gerade schon darauf hingewiesen.

Herr Dr. Stamp, Sie haben gerade mehrere Punkte angesprochen. Auch die sind in Arbeit. Ich will nur auf einen Punkt davon eingehen. Hier hat keiner aus den beiden Regierungsfractionen Unternehmer-Bashing betrieben. Zum Bereich der Integrationspolitik laden der Arbeitsminister und der Wirtschaftsminister die Spitzen der Unternehmer und der Gewerkschaften zu einem Spitzengespräch ein, das in den nächsten Tagen stattfinden wird. Auch das ist auf einem guten Weg. Da mache ich mir keine großen Sorgen. Ich erkenne das Engagement der Unternehmer und auch der anderen Verbände sehr deutlich an.

Hier wurde das Thema „Ehrenamtsförderung“ noch einmal angesprochen. Auch da haben wir in diesem Jahr bereits etwas getan. Wir haben zwei Programme aufgelegt – Sie wissen das –, einmal über 1 Million €, einmal über 1,5 Millionen €. Das Programm „KommAn-NRW“ über 14 Millionen €, das jetzt kommt, hat ganz deutlich zum Ziel, das Ehrenamt zu stärken und zu fördern. Ich meine, dass dies ein gutes Programm ist. Das gilt auch für unser Programm „Einwanderung gestalten“, das wir auch mit 4,4 Millionen € verabschieden, über das wir die

Kommunen dazu bringen wollen, sich – die einzelnen Ämter und Behörden – miteinander zu vernetzen. Da soll auch die Zuwanderung aus Südosteuropa Berücksichtigung finden.

Ich will an der Stelle ganz deutlich sagen: Ich bin sehr froh, dass in Nordrhein-Westfalen eine rot-grüne Landesregierung regiert, weil sich jeder einzelne Minister – das wissen Sie – in seinem Ressort um Integrationspolitik kümmert. Gerade bei der gegenwärtigen Flüchtlingssituation wird das sehr deutlich. Wenn Sie die Programme sehen, wenn Sie sehen, was alles in den einzelnen Ressorts auf den Weg gebracht worden ist, dann erkennen Sie, dass das schon eine sehr gute Leistung ist.

Deswegen bin ich froh, dass nicht die CDU regiert. Bei dem Durcheinander, was gerade bei Ihnen herrscht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, ist es gut, dass die SPD mit Grün Nordrhein-Westfalen regiert. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Yetim. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Debatte über den Einzelplan 11.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10511, den Einzelplan 11 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – FDP, CDU und die Piraten. Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 11 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich komme noch einmal zurück auf den Einzelplan 10 – Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz – und hier zur vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 10. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/10510, den Einzelplan 10 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die CDU, die FDP und die Piraten. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist auch hier mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 10 entsprechend der Beschlussempfehlung in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe auf:

**Einzelplan 14  
Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie,  
Mittelstand und Handwerk**

Ich weise hin auf die **Beschlussempfehlung** und den **Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/10514.**

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir lehnen den Einzelplan 14 ab. Er wird den Herausforderungen des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen nicht gerecht. Er ist ideenlos und uninspiriert.

(Beifall von der CDU)

Eines der größten Projekte der Landespolitik in den letzten zehn Jahren war der Ausstieg aus der subventionierten Steinkohle. Die Idee war damals, statt Vergangenheit zu subventionieren, lieber in die Zukunft zu investieren. Wo ist diese Idee geblieben? Was ist davon übrig geblieben?

Im Jahr 2010 gab es noch fast 500 Millionen € Steinkohlesubventionen. Jetzt sind es noch 165 Millionen €. Wo ist das ganze Geld hin? Im Etat des Wirtschaftsministeriums ist davon fast nichts übrig geblieben. Mal 74.000 € für Gründungen im Mittelstand, mal 500.000 € für Außenwirtschaft und ganze 5,5 Millionen € für die Digitalisierung des Wirtschaftsstandortes – wo bleibt der Rest vom Kohlegeld?

Während der Etat des Wirtschaftsministers seit 2010 fast halbiert worden ist, hat sich der Etat des Umweltministers fast verdoppelt. Statt – wie geplant – in Zukunft, in Wachstum zu investieren, investieren wir in Kontrolleure, in Bürokratie und in immer mehr Auflagen. Das tritt die Idee des Kohleausstiegs mit Füßen.

(Beifall von der CDU)

Am 13. Dezember wird die Ministerpräsidentin in Marl erwartet, wenn auf Auguste Victoria die letzte Lore symbolisch nach oben geholt wird. Ich frage mich, ob da wohl zur Sprache kommt, warum es in der Emscher-Lippe-Region keine Ersatzarbeitsplätze gibt, warum es keine neuen Jobs gibt. Kleiner Hinweis: Der newPark ist nur einen Steinwurf entfernt. Das Geld, das bei der Kohle eingespart wird, bekommt Herr Remmel, der neue Jobs in der Region blockiert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Beim newPark geschieht das ganz direkt oder beim LEP überall im Land – mit dem Klimaschutzplan, mit dem Wasserschutzgesetz oder dem Landesnaturschutzgesetz. Wenn ich Bergmann wäre, würde ich das fast für Zynismus halten. Dafür ist der Kohleausstieg mit allen Schwierigkeiten damals nicht gemacht worden.

Mit den frei werdenden Mitteln muss in Wachstum und in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert wer-